

Niederschrift

über die Sitzung der Bezirksvertretung 2 - Süd

am 28.09.2016

**um 17:30 Uhr bis 19:15 Uhr in Remscheid, Heinrich-Neumann-Schule - Städt.
Förderschule und Schule f. Kranke, Engelbertstraße 1**

Anwesend sind:

Bezirksbürgermeister

Herr Stefan Grote

Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin

Frau Elke Rühl

Bezirksvertreter/innen

Frau Rita Jungesblut-Wagner

Frau Elfriede Korff

Herr Dierk Martz

Herr Paul Uwe Schabla

Herr Hans-Gerd Steinheuser

Herr Bernd F. W. Störmer

Herr Klaus Wetzel

Frau Jutta Wilke

bis 19:10 Uhr - TOP 6.1 nicht öffentlich

vom Seniorenbeirat

Herr Dieter Janke

von der Polizei

Herr Uwe Wargers

von der Verwaltung

Herr Heinrich Ammelt

Herr Jürgen Beckmann

Herr Thomas Grieger

Herr Jörg Schubert

Fachdienst 0.12 - Stadtentwicklung, Wirtschaft und Liegenschaften

Fachdienst 3.32 - Bürger, Sicherheit und Ordnung

Fachdienst 1.20 - Kämmerei

Fachdienst 0.62 - Bauen, Vermessung und Kataster

Schriftführer/in

Herr Hans-Ulrich Dattner

Entschuldigt fehlen:

Bezirksvertreter/innen

Frau Alessia Schaaf

Tagesordnung

- 1 Änderung / Erweiterung der Tagesordnung
- 2 Niederschrift über die Sitzung vom 21.09.2016
- 3 Fragestunde für Einwohner
- 3.1 15/2823 Verkehrssituation Bereich Strucker Straße / Intzestraße; aktuelle Auswirkungen Bebauungsplan Nr. 616 - Auguststraße
- 4 Schülerlotsendienst am Beispiel der GGS Walther-Hartmann
- Bericht der Polizei - Verkehrsunfallprävention Remscheid
- 5 Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung
- 6 Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung
- 6.1 Parkraumsituation in Neuenhof und Breslauer Straße; hier: Maßnahmen in der Breslauer Straße
- 7 Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung
- 8 Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 9 Anträge von Bezirksvertreter/-innen, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 10 Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- 10.1 Möglichkeiten einer Bebauung im Baugebiet des Bebauungsplanes Nr. 616
- Anfragen Frau Rühl und Herr Martz
- 10.2 Resümee zur Sitzung der Bezirksvertretung vom 21.09.2016
- Mitteilung Herr Grote
- 10.3 Projekt "Altengerechte Quartiersentwicklung Remscheid-Süd"
- Anfrage Herr Grote
- 10.4 Zeitnahe Instandsetzung der Straße Neuenhof
- Anfrage Frau Rühl
- 10.5 Abgegrenzter Bereich für Hunde und Hundehalter im Bereich der Grünanlage Kuckuck
- Anfrage Frau Rühl
- 10.6 Standsicherheit der Brücke Intzestraße
- Anfrage Frau Rühl

- 10.7** Stadtteilserie "RGA vor Ort"; Gesprächsrunde auf dem Johann-Vaillant-Platz
- Mitteilung Frau Korff
- 10.8** Parkender Anhänger in der Sedanstraße, Höhe Haus Nr. 73
- Mitteilung Herr Martz
- 10.9** Vorwurf der grob fehlerhaften Straßenplanung im Bereich Neuenhof und Breslauer Straße
- Mitteilung Herr Störmer
- 10.10** Untersuchung der Verkehrsverhältnisse in den Wohnquartieren des Südbezirks
- Anfrage Frau Jungesblut-Wagner
- 10.11** Litfaßsäule in der Intzestraße, Höhe Einmündung Carl-Borchardt-Straße
- Anfrage Herr Steinheuser
- 10.12** Umzug des Fressnapf-Marktes vom Stadtbezirk Alt-Remscheid in den Stadtbezirk Süd
- Anfrage Frau Wilke
- 10.13** Verantwortlichkeiten im Zusammenhang mit der Parkraumsituation im Neuenhof
- Anfrage Herr Störmer
- 10.14** Anpassung des Einzelhandelskonzeptes an die Nachfrage der Bürger/innen des Südbezirks nach einem Drogerie-Markt
- Anfrage Frau Korff
- 11** 15/2659 Widmung der Straße „Am Alten Flugplatz“ und eines Teilbereichs der Hohenhagener Straße
- 12** 15/2670 Stellungnahme zur erneuten Auslegung des Regionalplanentwurfs (RPD) Schreiben der Bezirksregierung vom 15.07.2016, Auslegungszeitraum 01.08.2016 bis zum 07.10.2016
- 13** 15/2664 Berufskolleg Wirtschaft und Verwaltung - Errichtung eines Ersatzstandortes
- 14** 15/2794 Haushaltsplan (Entwurf) 2017 und 2018 - Anteile der Bezirksvertretung 2 an den Haushaltsansätzen
- 15** Brücken Intzeplatz und Zur Bökerhöhe
- 15.1** 15/2654 Brücken Intzeplatz und Zur Bökerhöhe
- 15.2** 15/2812 Stellungnahme zu der Anregung des Herrn Göbert vom 21.7.2016 an die BV2
- 16** 15/2801 Planung der östlichen Verlängerung der Ladestraße
Anfrage in der Sitzung der Bezirksvertretung 2 – Süd am 29.06.2016

1. Änderung / Erweiterung der Tagesordnung

Der Bezirksvertretung liegt per Nachtrag zugestellt die Drucksache 15/2794 vom 14.09.2016 zur Beratung vor.

Des Weiteren liegen der Bezirksvertretung per Tischvorlage eingebracht die Drucksache 15/2823 vom 23.09.2016, die Drucksache 15/2654 vom 08.08.2016, die Drucksache 15/2812 vom 21.09.2016 sowie die Drucksache 15/2801 vom 21.09.2016 zur Beratung vor.

Herr Grote lässt daraufhin über die Aufnahme der von der Verwaltung zur Beratung neu angemeldeten Punkte in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um die Punkte

- 15/2794
Haushaltsplan (Entwurf) 2017 und 2018 - Anteile der Bezirksvertretung 2 an den Haushaltsansätzen
- 15/2654
Brücken Intzeplatz und Zur Bökerhöhe
- 15/2812
Stellungnahme zu der Anregung des Herrn Göbert vom 21.7.2016 an die BV2
- 15/2801
Planung der östlichen Verlängerung der Ladestraße;
Anfrage in der Sitzung der Bezirksvertretung 2 – Süd am 29.06.2016

erweitert.

Im Übrigen nimmt die Bezirksvertretung die Tagesordnung zur Kenntnis.

2. Niederschrift über die Sitzung vom 21.09.2016

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

3. Fragestunde für Einwohner

**3.1. Verkehrssituation Bereich Strucker Straße / Intzestraße; aktuelle Auswirkungen Bebauungsplan Nr. 616 - Auguststraße
Vorlage: 15/2823**

Der Fragesteller trägt seine der Bezirksvertretung bereits in Schriftform vorliegenden Fragen noch einmal vor wie folgt:

1. Seit Anfang der 80er Jahre wurde uns die Fortführung der Intzestraße zur Lenneper Straße als Entlastung der Strucker Straße in Aussicht gestellt.
Wie ist der aktuelle Stand bei diesem Thema und welche Planungshorizonte haben Sie?
2. Da die Umsetzung der Fortführung der Intzestraße sich selbst bei fortgeschrittener Planung noch einige Zeit hinziehen wird möchten wir gerne wissen ob die Möglichkeit besteht den Durchgangsverkehr, vor allem auch den Schwerlastverkehr, der immer öfter auf die Strucker Straße ausweicht, durch z. B. eine Sperrung am Süden der Strucker Straße, einzuschränken?
3. Bei der Planung zum Bebauungsplan 616 wurde uns im Rahmen der Bürgerbeteiligung zugesichert, dass es für uns als direkte Anwohner des Baufeldes 2 keine Beschattung geben wird. Als Maßnahme wurde die eingeschränkte Dachneigung in den Bebauungsplan aufgenommen, sowie in der Begründung zum Bebauungsplan auf die zu vermeidende Beschattung hingewiesen. Ebenso sollten nur Einfamilienhäuser gebaut werden. Auf den Baugrundstücken 3 und 4 des Baufeldes 2 entsteht zur Zeit ein Mehrfamilienhaus mit großen Dachgauben, welche die Vorgaben zur Dachneigung nichtig machen. Aus diesem Grund würden wir gerne wissen ob diese Aushöhlung der an uns gemachten Zugeständnisse zulässig ist.

Herr Bezirksbürgermeister Grote antwortet sinngemäß wie folgt:

Zu Fragen 1 und 2:

Die Verwaltung prüfe derzeit verschiedene Varianten zur zukünftigen Anbindung der Intzestraße an die Lenneper Straße, wie z.B. auch den sog. „Durchstich Intzestraße“. Eine Realisierung sei aus heutiger Sicht etwa ab 2021 zu erwarten. Eine Sperrung der Strucker Straße am südlichen Ende sei aus Sicht der Verwaltung nicht zielführend, da es dann zu Verlagerungen auf die Straßen Augustplatz und Carl-Borchardt-Straße kommen würde, diese Straßen aber keinen zusätzlichen Verkehr mehr aufnehmen könnten. Derartige Sperrungen im Straßennetz würden vor allem auch für die Anwohner im Gebiet zusätzliche Umwege erforderlich machen.

Zu Frage 3:

Die Bürgerversammlung zum BP 616 habe am 01.09.2009 stattgefunden. Insbesondere auf die innerhalb der Bürgerbeteiligung abgegebenen Stellungnahmen bzgl. einer möglichen Beschattung der Grundstücke durch die geplante neu entstehende Bebauung entlang der Strucker Straße sei seitens der Verwaltung in Ihrer Stellungnahme wie folgt eingegangen worden:

Zitat:

„Während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung sind zwei Varianten vorgestellt und diskutiert worden. Grundsätzlich haben sich alle Bürger für eine Nullvariante (keinerlei Bebauung) ausgesprochen, aber mit dem Hinweis, dass bei einer eventuellen Neubebauung des Grundstücks die vorgestellte Variante 2 zu favorisieren ist.“

Zitat Ende

(Erläuterung: Die Planungsvariante 2 habe eine Bebauung mit Doppel- und Einfamilienhäusern vorgesehen.)

Zitat:

„Aus diesem Grunde hat sich die Verwaltung, in Absprache mit dem Antragsteller und seinem planenden Architekten dahingehend entschieden, dass die Variante 1 planerisch nicht weiterverfolgt wird. Im Bebauungsplan wird eine maximal zweigeschossige Bauweise festgesetzt und die Dachneigung wird mit 25 bis maximal 38 Grad festgesetzt.“

Die Variante 2, welche zum Satzungsbeschluss geführt werden soll, bleibt mit ihrer überbaubaren Grundstücksfläche gegenüber der Variante 1 weiter von der nordöstlichen gemeinsamen Flurstücksgrenze weg, der Abstand zwischen Bestand und Planung ist ein größerer als in der Variante 1.

Darüber hinaus muss festgestellt werden, dass die notwendigen Abstandsflächen zwischen den Baukörpern (hier: Bestand/Neubau) nach der Landesbauordnung NRW bestimmt bzw. ermittelt werden, diese Abstandsflächen sind vom Gesetzesgeber so bemessen, dass sie ein gesundes Wohnen garantieren. Die Abstandsflächen sind jeweils auf der eigenen Grundstücksfläche nachzuweisen, dies gilt selbstverständlich auch für die Planung. Die Prüfung der Abstandsflächen erfolgt im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens. Werden die Abstandsflächen nicht eingehalten wird die Baugenehmigung versagt.“

Zitat Ende

In der Entscheidungsbegründung zum Bebauungsplan 616 werde unter anderem als Planungsziel ausgeführt, dass es die Zielsetzung des Bebauungsplans sei, Baurecht für Einfamilienhäuser als Doppelhäuser zu schaffen. Darüber hinaus solle gerade auch für junge Familien mit Kindern die Möglichkeit geboten werden, Eigentum in einer infrastrukturell guten Lage zu erwerben.

Der Bebauungsplan 616 setze ein allgemeines Wohngebiet mit einer zweigeschossigen Bebauung und Satteldächer mit einer Dachneigung zwischen 15 und 35 Grad fest. Im Rahmen dieser Festsetzung sei die zulässige Dachneigung gegenüber der ursprünglichen Planung noch einmal reduziert worden, um auch hier flachere Dächer zuzulassen, die einer möglichen Verschattung der Nachbargrundstücke entgegenwirken sollten.

Aufgrund der Festsetzungen des Bebauungsplans 616 sei die Bebauung der Grundstücke auch mit Mehrfamilienhäusern nicht ausgeschlossen, soweit sie sich in Art und Maß der baulichen Nutzung an die Festsetzungen des Bebauungsplans 616 halten würden.

Auch die formulierten Planungsziele des Bebauungsplanes 616 würden durch ein Mehrfamilienhaus nicht konterkariert, da hier unter anderem auch für junge Familien mit Kindern die Möglichkeit eröffnet werden solle, Wohnraum / Eigentum in einer infrastrukturell guten Lage zu schaffen.

Das in Rede stehende genehmigte Mehrfamilienhaus weise ein Satteldach mit einer geplanten Dachneigung von 30 Grad auf und liege somit innerhalb der Festsetzungen des Bebauungsplans 616. Bei den Dachaufbauten handele es sich um eine Dachgaube straßenseitig zur Auguststraße orientiert und im gegenüberliegenden nordöstlichen Dachteil um einen sogenannten Zwerchgiebel.

Beides sei nach den Festsetzungen des Bebauungsplanes planungs- und bauordnungsrechtlich zulässig, die Festsetzungen zur Form und Neigung des geplanten Daches durch den Bebauungsplan 616 würden hierdurch nicht berührt.

4. Schülerlotsendienst am Beispiel der GGS Walther-Hartmann - Bericht der Polizei - Verkehrsunfallprävention Remscheid

Auf Bitten der Bezirksvertretung berichten Frau Dutkun, Frau Schmalenbach und Herr Keller zum Thema „Schülerlotsendienst“.

Herr Keller stellt sich als Verkehrssicherheitsberater in der Verkehrsunfallprävention Remscheid der Polizei Wuppertal vor und führt in die Thematik ein. Wie Herr Keller berichtet, liege ein Schwerpunkt seiner Tätigkeit darin, nicht allein die Kindergarten- und Schulkinder, sondern insbesondere auch deren Eltern auf die besonderen Gefahrenmomente im Verkehrsraum rund um Kindergarten und Schule aufmerksam zu machen und sie dazu anzuhalten, ihr Verhalten wie auch das ihrer Kinder an die jeweiligen Gegebenheiten anzupassen und hier mit besonderer Umsicht und Sorgfalt zu handeln. Hierbei macht Herr Keller deutlich, dass es beispielsweise sehr wichtig und empfehlenswert sei, wenn Mütter oder Väter, die ihre Kinder mit dem Fahrzeug zur Schule bringen, in gewissem Abstand zur Einrichtung anhalten und ihre Kinder das letzte Stück zu Fuß laufen lassen. Dies trage zum einen dazu bei, dass sich die Verkehrslage vor dem Schulgebäude entspanne. Vor allem aber gebe man den Kindern so die Gelegenheit, sich im Straßenverkehr zurechtzufinden und zu lernen, wie man sich hier richtig und vor allem sicher verhält.

Im Anschluss berichten Frau Dutkun und Frau Schmalenbach über ihre Tätigkeit als Verkehrshelferinnen im Bereich der GGS Walther-Hartmann und zeigen auf, welche Erfahrungen sie hierbei gewonnen haben. Im Zuge ihrer Ausführungen bitten Frau Dutkun und Frau Schmalenbach auch um Unterstützung und werben dafür, sich als Elternlotse zu betätigen und aktiv daran mitzuwirken, dass ein verlässlicher Schülerlotsendienst aufrechterhalten werden kann.

Die Bezirksvertretung nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis. Zugleich spricht die Bezirksvertretung den Akteuren Dank und Anerkennung aus für ihr besonderes Engagement zum Wohle der Schulkinder.

5. Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

Schriftliche Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gemäß Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

6. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

6.1. Parkraumsituation in Neuenhof und Breslauer Straße; hier: Maßnahmen in der Breslauer Straße

Herr Beckmann spricht noch einmal die in der vergangenen Sitzung der Bezirksvertretung thematisierte Parkraumsituation in Neuenhof und Breslauer Straße an und berichtet, dass sich die Verwaltung mit den verschiedenen Bedenken und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der zukünftigen Parkregelung in der Breslauer Straße befasst und sich unter diesen Gesichtspunkten noch einmal einen Eindruck von den örtlichen Verhältnissen verschafft habe. Im Ergebnis werde man den Bedenken insoweit Rechnung tragen, als man dort, wo die Treppenabgänge in die Breslauer Straße münden, eine Sperrflächenmarkierung auf die Fahrbahn aufbringen werde, die von Fahrzeugen bekanntlich nicht überfahren wer-

den dürfe. Damit schaffe man an dieser Stelle – so die Überlegung – mehr Raum zwischen Fußgänger- und Fahrverkehr. Darüber hinaus werde man die Streckenabschnitte, in denen sich die Garagenanlagen befinden, von dem absoluten Haltverbot ausnehmen, so dass hier zwar nicht geparkt, aber doch gehalten werden dürfe. Mit der Aufbringung weiterer Sperrflächen und der Installation von Pylonen werde man den befahrbaren Straßenraum vor und hinter diesen Anlagen einengen mit dem Ziel darauf hinzuwirken, dass hier langsamer gefahren wird.

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

7. Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gemäß Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

8. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gemäß Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

9. Anträge von Bezirksvertreter/-innen, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

Anträge gemäß Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

10. Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

10.1. Möglichkeiten einer Bebauung im Baugebiet des Bebauungsplanes Nr. 616 - Anfragen Frau Rühl und Herr Martz

Frau Rühl zeigt sich überrascht, dass im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 616 momentan ein Mehrfamilienhaus mit Dachgauben errichtet wird, und bittet die Verwaltung hierzu um eine nähere Erläuterung.

Herr Schubert nimmt zu der Anfrage Stellung und erklärt, dass die Errichtung eines Mehrfamilienhauses, soweit es sich in Art und Maß der baulichen Nutzung an die Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 616 halte, hier zulässig sei. Im Übrigen sei auch die Errichtung von Dachgauben im Bebauungsplan nicht ausgeschlossen. Das hier im Bau befindliche Mehrfamilienhaus entspreche den beschriebenen Kriterien des Bebauungsplans und sei insoweit auch genehmigungsfähig.

Herr Grote schließt die Sitzung um 18.07 Uhr vorübergehend und gibt einem Bürger Gelegenheit, sich zu dem in Rede stehenden Sachverhalt zu äußern.

In seinen Anmerkungen erhebt der Bürger starke Bedenken gegen den besagten Neubau eines Mehrfamilienhauses und berichtet, dass sich dieses Gebäude für ihn aus der Blickrichtung des Grundstücks Strucker Straße 50 betrachtet als 3-geschossiger Baukörper darstelle.

Herr Grote setzt die Sitzung um 18:10 Uhr fort.

Herr Marz greift die Anmerkungen des Bürgers auf und bittet die Verwaltung zu prüfen, ob und inwieweit sie die Möglichkeit hat darauf einzuwirken, dass die besagte Wand des Neubaus vielleicht begrünt oder auf andere Weise wenigstens optisch ansprechend gestaltet werden kann.

Frau Rühl richtet an dieser Stelle die Bitte an die Verwaltung, eine Zwischenprüfung des in der Ausführung befindlichen Bauvorhabens auf Einhaltung der hier maßgeblichen bauplanungsrechtlichen Vorgaben vorzunehmen und über ihre hierbei gewonnenen Erkenntnisse der Bezirksvertretung zu berichten.

**10.2. Resümee zur Sitzung der Bezirksvertretung vom 21.09.2016
- Mitteilung Herr Grote**

Herr Grote dankt der Verwaltung an dieser Stelle für die Vorbereitung und fachliche Begleitung der Sondersitzung der Bezirksvertretung vom 21.09.2019 und fasst die Ergebnisse der hier geführten Beratung noch einmal kurz zusammen. So richtet Herr Grote die Bitte an die Technischen Betriebe Remscheid zu prüfen, welche der hier angesprochenen Maßnahmen im Bereich Neuenhof vielleicht schon kurzfristig umgesetzt werden könnten. Möglicherweise könne man zum Beispiel den Hinweis auf die stellenweise zu hohen Bordsteine aufgreifen und eine bauliche Veränderung vornehmen, um dort, wo es noch erlaubt ist, ein Parken zu ermöglichen.

An die Verwaltung richtet Herr Grote die Bitte den Vorschlag aus der Anwohnerschaft zu prüfen, die Breslauer Straße als Einbahnstraße auszuweisen, um so die geschilderten Probleme im Begegnungsverkehr zu beheben.

**10.3. Projekt "Altengerechte Quartiersentwicklung Remscheid-Süd"
- Anfrage Herr Grote**

Herr Grote bittet die Verwaltung darum, der Bezirksvertretung in ihrer kommenden Sitzung am 30.11.2016 das Projekt „Altengerechte Quartiersentwicklung Remscheid-Süd“ wie auch den Projektkoordinator vorzustellen.

**10.4. Zeitnahe Instandsetzung der Straße Neuenhof
- Anfrage Frau Rühl**

Frau Rühl greift die Ausführungen von Herrn Grote bezüglich des schlechten Zustandes der Straße Neuenhof, der bekanntlich auch von den Anwohnerinnen und Anwohnern in der vergangenen Sitzung wiederholt beklagt worden sei, auf und schlägt an dieser Stelle – im Vorgriff auf die heutige Haushaltsplanberatung – vor, die Investitionsmaßnahme zur Instandsetzung der Fahrbahn der Straße Neuenhof anders, als im vorliegenden Investitionsprogramm dargestellt, zeitlich vorzuziehen und, auch mit Blick auf das beauftragte Parkraumkonzept für diesen Bereich, früher ausführen zu lassen.

10.5. Abgegrenzter Bereich für Hunde und Hundehalter im Bereich der Grünanlage Kuckuck
- Anfrage Frau Rühl

Frau Rühl spricht den Untersuchungsauftrag an die Verwaltung mit der Fragestellung an, wie im Bereich der Freiflächen von Kuckuck und Hohenhagen ein abgegrenzter Bereich für Hunde sowie Hundehalter geschaffen werden kann. Frau Rühl zeigt sich irritiert darüber, dass die Verwaltung – so ihr Kenntnisstand – in dieser Angelegenheit erst kürzlich mit der Initiative „Ein Herz für den Kuckuck“ Gespräche über eine mögliche Umsetzung einer solchen Maßnahme im Kuckuck geführt habe, ohne dass die Bezirksvertretung hierüber in Kenntnis gesetzt worden sei.

Frau Rühl richtet deshalb die Bitte an die Verwaltung, kurzfristig zu der Frage Stellung zu nehmen, welche Erkenntnisse sie im Zuge der ihr in Auftrag gegebenen Untersuchung gewonnen hat und ob und inwieweit die in Rede stehende Maßnahme umgesetzt werden soll.

10.6. Standsicherheit der Brücke Intzestraße
- Anfrage Frau Rühl

Frau Rühl zeigt sich verärgert über die jüngsten Aussagen der Verwaltung in der Frage der Standsicherheit der Brücke Intzestraße und gibt sinngemäß zu Protokoll, dass sie nicht akzeptieren könne, dass die Verwaltung sich innerhalb eines Vierteljahres widerspreche, wenn sie Ende Mai d.J. zu dem Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt in der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Gebäudemanagement, Liegenschaften und Denkmalpflege die Aussage treffe, die Standsicherheit der Brücke Intzestraße sei gegeben und bescheinigt worden, es finde alle drei Jahre eine Überprüfung statt und in 2017 werde eine erneute Überprüfung durchgeführt, und Ende September d.J. treffe sie im Rahmen ihrer Stellungnahme zu der Eingabe eines Bürgers an die Bezirksvertretung nun die Feststellung, dass die Brücke so sicher nicht mehr sei, so dass man über die ein oder andere Maßnahme wie beispielsweise eine Gewichtsbeschränkung nachdenken und im nächsten Jahr Fördermittel für Maßnahmen zur weiteren Gewährleistung der Standsicherheit der Brücke beantragen müsse.

Zugleich bittet Frau Rühl die Verwaltung um Auskunft, welche Maßnahmen hier konkret angedacht sind, ob beispielsweise ein Durchstich der Intzestraße zur Lenneper Straße oder aber eine zweite Brücke gebaut werden soll.

Herr Grote ruft an dieser Stelle den auf Antrag der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung verabschiedeten Prüfauftrag an die Verwaltung in Bezug auf eine mögliche Entlastung der Brücke über die Bahngleise an der Intzestraße durch einen Durchstich von der Intzestraße zur Lenneper Straße sowie eine Sanierung der entgegen der von Frau Rühl erwähnten Stellungnahme der Verwaltung nach seiner Kenntnis nicht mehr in einem guten Zustand befindlichen Fußgängerbrücke an der Intzestraße in Erinnerung und bittet die Verwaltung auch hierzu um Stellungnahme.

(siehe hierzu auch Punkt 15.)

10.7. Stadtteilserie "RGA vor Ort"; Gesprächsrunde auf dem Johann-Vaillant-Platz
- Mitteilung Frau Korff

Frau Korff berichtet von Gesprächen, die sie und weitere Mitglieder der Bezirksvertretung mit Bürgerinnen und Bürgern des Südbezirks im Rahmen der Stadtteil-Serie „RGA vor Ort“ des

Remscheider General-Anzeigers am 21. Juli d.J. auf dem Johann-Vaillant-Platz geführt haben.

Bei dieser Gelegenheit hätten die Bürgerinnen und Bürger unter anderem folgende Anfragen, Anregungen und Vorschläge vorgetragen:

➤ 30 km/h auf der Burger Straße – Höhe Sana-Klinikum Remscheid

Bürger/innen sehen die Notwendigkeit auf der Burger Straße in Höhe des Sana-Klinikums für einen bestimmten Streckenabschnitt die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h zu begrenzen.

➤ Hinweiszeichen am Fußgängerüberweg über die Burger Straße – Höhe Sana-Klinikum Remscheid

Nach Meinung von Bürger/innen ist das Hinweiszeichen am Fußgängerüberweg über die Burger Straße in Höhe des Sana-Klinikums zu spät wahrnehmbar und sollte deshalb besser platziert werden.

➤ Müll und Unrat auf dem Gelände Bismarckstraße 140

Frau Korff schließt sich dem Dank der Bürger/innen an die Verwaltung an, die veranlasst habe, dass der bemängelte Müll und sonstige Unrat auf dem Grundstück Bismarckstraße 140 zwischenzeitlich entfernt und das Gebäude selbst durch bauliche Maßnahmen gesichert worden sei.

➤ Brombeerhecke am Kinderspielplatz Ahornstraße

Bürger/innen regen einen Rückschnitt der zwischen dem Kinderspielplatz Ahornstraße und dem Nachbargrundstück stehenden Brombeerhecke an.

➤ 30 km/h auf der Lenneper Straße

Anwohner/innen beklagen die Lärmentwicklung durch Lkws, die die Lenneper Straße in den frühen Morgenstunden befahren, und fordern deshalb, die zulässige Höchstgeschwindigkeit im Streckenabschnitt zwischen Zentralpunkt und Einmündung Greulingstraße auf 30 km/h zu begrenzen

➤ Obdachlose auf dem Johann-Vaillant-Platz

Eine Bürgerin beklagt sich über regelmäßige Treffen von Obdachlosen auf den Sitzbänken des Johann-Vaillant-Platzes, in deren Verlauf es zu Trinkgelagen und Randalen komme. Auch habe sie des Öfteren Wildpinkler beobachtet.

Frau Korff bittet die Verwaltung darum, sich dieser Fragen anzunehmen und das Erforderliche zu veranlassen.

**10.8. Parkender Anhänger in der Sedanstraße, Höhe Haus Nr. 73
- Mitteilung Herr Martz**

Herr Martz weist auf einen nach seinen Beobachtungen bereits seit mehreren Monaten zum Parken abgestellten größeren Anhänger an der Sedanstraße, Höhe Haus-Nr. 73 hin und

bittet die Verwaltung darum, darauf hinzuwirken, dass dieser Anhänger von dort entfernt wird.

**10.9. Vorwurf der grob fehlerhaften Straßenplanung im Bereich Neuenhof und Breslauer Straße
- Mitteilung Herr Störmer**

Herr Störmer übt deutliche Kritik an dem Verhalten eines Zuhörers in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung und dem von ihm hier erhobenen Vorwurf, die Verwaltung habe seinerzeit bei der Planung der Straßenzüge im Bereich Neuenhof und Breslauer Straße grobe Fehler begangen und sei deshalb heute für einen Straßenausbau in der entsprechenden Breite verantwortlich.

Herr Störmer gibt deshalb an dieser Stelle sinngemäß zu Protokoll, dass die Bezirksvertretung die Verwaltung seiner Meinung nach ausdrücklich ermutigen sollte, auf derartige Vorträge sachlich zu antworten und sich hier auf keinerlei Diskussionen einzulassen.

**10.10. Untersuchung der Verkehrsverhältnisse in den Wohnquartieren des Südbezirks
- Anfrage Frau Jungesblut-Wagner**

Frau Jungesblut-Wagner nimmt die in der vergangenen Sitzung der Bezirksvertretung entstandene, nach ihrem persönlichen Empfinden durch die teils unsachlichen Wortbeiträge der Zuhörer/innen aufgeladene Grundstimmung zum Anlass und regt an, dass die Bezirksvertretung der Verwaltung den Auftrag geben möge, sich einmal mit der Frage zu befassen, in welchen Wohnquartieren im Südbezirk eine ähnliche Problemlage, wie sie im Bereich Neuenhof gegeben sei, entstehen könnte, die wiederum eine vergleichbare Reaktion aus der Anwohnerschaft hervorrufen könnte, damit man bereits frühzeitig Strategien entwickeln könne, die darauf abzielen, mäßigend auf die Anwohnerschaft einzuwirken und eine sachliche Diskussion und Auseinandersetzung mit der Thematik zu ermöglichen.

Die Bezirksvertretung verständigt sich dahingehend, dass ein solcher Auftrag vor seiner Verabschiedung noch weiter präzisiert werden soll.

**10.11. Litfaßsäule in der Intzestraße, Höhe Einmündung Carl-Borchardt-Straße
- Anfrage Herr Steinheuser**

Herr Steinheuser berichtet von den Bedenken einer Bürgerin, die darauf hingewiesen habe, dass die Einsehbarkeit in den Straßenraum der Intzestraße für Verkehrsteilnehmer, die aus der Carl-Borchardt-Straße kommend nach links in die Intzestraße abbiegen wollen, durch eine unmittelbar im Einmündungsbereich stehende Litfaßsäule nach ihrem Empfinden sehr stark eingeschränkt werde. Aus diesem Grund habe die Bürgerin darum gebeten, dass man diesen Sachverhalt einmal prüfen möge. Sofern die Litfaßsäule an ihrem Standort verbleiben müsse würde sich vielleicht – so die weitere Überlegung der Bürgerin – die Installation eines Verkehrsspiegels auf der der Einmündung der Carl-Borchardt-Straße gegenüberliegenden Seite der Intzestraße anbieten.

Herr Steinheuser bittet die Verwaltung darum, sich dieser Angelegenheit einmal anzunehmen und zu prüfen, ob und inwieweit die vorgetragenen Bedenken berechtigt sind und damit an dieser Stelle ein entsprechender Handlungsbedarf besteht.

**10.12. Umzug des Fressnapf-Marktes vom Stadtbezirk Alt-Remscheid in den Stadtbezirk Süd
- Anfrage Frau Wilke**

Frau Wilke berichtet, dass nach ihren Informationen der momentan noch an der Elberfelder Straße ansässige Fressnapf-Markt in ein Ladenlokal an der Burger Straße 17 umziehen werde.

Frau Wilke stellt die Frage, warum dem Fressnapf-Markt nicht das Gebäude des ehemaligen ALDI-Marktes an der Burger Straße 81 als neues Domizil angeboten worden ist.

**10.13. Verantwortlichkeiten im Zusammenhang mit der Parkraumsituation im Neuenhof
- Anfrage Herr Störmer**

Herr Störmer bittet die Verwaltung zu prüfen, inwieweit die GEWAG Wohnungsaktiengesellschaft Remscheid als Vermieterin von Wohnraum im Bereich Neuenhof in der Pflicht ist, für ihre Mieter für entsprechende Stellplätze Sorge zu tragen.

**10.14. Anpassung des Einzelhandelskonzeptes an die Nachfrage der Bürger/innen des Südbezirks nach einem Drogerie-Markt
- Anfrage Frau Korff**

Frau Korff setzt ihre Berichterstattung über die Gespräche, die sie und weitere Mitglieder der Bezirksvertretung mit Bürgerinnen und Bürgern des Südbezirks im Rahmen der Stadtteil-Serie „RGA vor Ort“ des Remscheider General-Anzeigers am 21. Juli d.J. auf dem Johann-Vaillant-Platz geführt haben, fort und erklärt, dass sich auch hier wieder viele Bürger/innen darüber beklagt hätten, im Südbezirk nicht in einem Drogeriemarkt einkaufen zu können.

Zwar habe die Verwaltung hierzu bereits ausgeführt und dargelegt, warum die Ansiedlung eines Drogeriemarktes im Südbezirk nach ihrer Einschätzung auch mit Blick auf das bestehende Einzelhandelskonzept nicht so ohne Weiteres umzusetzen sein dürfte. Trotzdem teile sie – Frau Korff – die Auffassung der Bürgerinnen und Bürger und stelle deshalb an dieser Stelle die Frage in den Raum, warum es nicht möglich sein sollte, das Einzelhandelskonzept zu modifizieren und nach den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger des Südbezirks auszurichten.

Frau Rühl erinnert an dieser Stelle an den auf Antrag der CDU-Fraktion verabschiedeten Auftrag der Bezirksvertretung an die Verwaltung, sich über die städtische Wirtschaftsförderung weiterhin mit den Expansionsabteilungen der am Markt tätigen Drogeriemärkte bezüglich einer Verstetigung und Optimierung der Versorgung in den Remscheider Stadtbezirken auszutauschen und im gegebenen Fall in geeignete Einzelhandelsflächen zu vermitteln, und richtet die Frage an die Verwaltung, ob und inwieweit sei hierzu bereits Neues berichten kann.

Herr Ammelt nimmt zur letzten Frage Stellung und erklärt, dass die Verwaltung hierzu momentan keine neuen Erkenntnisse habe, die sei vermitteln könnte. Zur Frage einer Modifizierung des bestehenden Einzelhandelskonzeptes verweist Herr Ammelt zunächst auf den geltenden Beschluss des Rates der Stadt und zeigt im Anschluss auf, unter welchen engen Voraussetzungen die Erweiterung eines Zentralen Nahversorgungsbereiches im Einzelhandelskonzept überhaupt denkbar wäre.

Frau Rühl richtet daraufhin den eindringlichen Appell und die Bitte an die Verwaltung, den wiederholt geschilderten Wunsch und Willen der Bürgerinnen und Bürger des Südbezirks weiterhin im Blick zu halten und alle Anstrengungen zu unternehmen, um hier zu einer zufriedenstellenden Lösung zu finden.

**11. Widmung der Straße „Am Alten Flugplatz“ und eines Teilbereichs der Hohenhagener Straße
Vorlage: 15/2659**

Herr Grote stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Die der Drucksache 15/2659 beigefügten Lagepläne mit Kennzeichnung der von der Verwaltung zur Widmung vorgeschlagenen Verkehrsflächen der Straße „Am Alten Flugplatz“ und eines Teilbereichs der Hohenhagener Straße sowie ein Übersichtsplan werden als **Anlage 1** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Nach Maßgabe der §§ 6 und 14 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der derzeit gültigen Fassung, wird die Verkehrsfläche der Straße „Am Alten Flugplatz“ gemäß § 3 Abs. 4 Nr. 2 StrWG NRW dem öffentlichen Verkehr als Gemeindestraße gewidmet, bei der die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen, und die Verkehrsfläche eines Teilbereichs der Hohenhagener Straße gemäß § 3 Abs. 4 Nr. 1 StrWG NRW dem öffentlichen Verkehr als Gemeindestraße gewidmet, bei der die Belange des Verkehrs überwiegen.

Es handelt sich um hierbei um die Flurstücke:

Am Alten Flugplatz (Anlage 1-3):

Gemarkung Remscheid, Flur 122, Flurstück 550 und

Gemarkung Remscheid, Flur 109, Flurstück 467

Hohenhagener Straße (Anlage 4-5):

Gemarkung Remscheid, Flur 122, Flurstücke 523 und 565 (jeweils Teilflächen)

und Gemarkung Remscheid, Flur 109, Flurstück 310 (Teilfläche)

Der Gemeingebrauch wird auf keine Verkehrsart beschränkt.

**12. Stellungnahme zur erneuten Auslegung des Regionalplanentwurfs (RPD)
Schreiben der Bezirksregierung vom 15.07.2016, Auslegungszeitraum
01.08.2016 bis zum 07.10.2016
Vorlage: 15/2670**

Herr Grote stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung nach Aussprache zur Abstimmung.

Die in der Begründung der Drucksache 15/2670 enthaltene Stellungnahme der Stadt Remscheid zum Entwurf des Regionalplans Düsseldorf wird als **Anlage 2** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 9 Nein 1 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans – im Begründungstext unter 3. Stellungnahme der Stadt Remscheid – wird beschlossen.

**13. Berufskolleg Wirtschaft und Verwaltung - Errichtung eines Ersatzstandortes
Vorlage: 15/2664**

Herr Grote stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Als Ersatz für das bestehende Gebäude des Berufskollegs Wirtschaft und Verwaltung, Stuttgarter Str. 13, wird ein Neubau auf dem städt. Grundstück Baufeld 6, Schmalkalder Straße, errichtet.
2. Die Errichtung des Neubaus ist entsprechend den nach der tatsächlichen Flächenbedarfsermittlung festgestellten Nutzflächenerfordernissen von rund 5.100 qm zu planen. Die darauf aufbauende Machbarkeitsstudie für das Grundstück ermittelte eine Gesamtbruttogeschossfläche von rund 7.650 qm.
3. Die Realisierung des Projektes erfolgt im Rahmen eines formalen EU-Ausschreibungsverfahrens als erweitertes Totalunternehmer-Modell. Die notwendigen Beratungsleistungen für das Vergabe- und Auswahlverfahren sind zeitnah zu vergeben.
4. Die Gesamtkosten basieren auf der dieser Entscheidung zugrunde liegenden Machbarkeitsstudie und belaufen sich voraussichtlich für den Bau und die Ausstattung auf 20.140.400,00 € und sind im Investitionsprogramm 2017 – 2021 wie folgt zu planen:

Produkt: 03.02.07 - Berufskollegs

Sachkonto/ Bezeichnung	Gesamt- kosten €	Finan- ziert	2016 €	2017 €	2018 €	2019 €	VE 2017 €	VE 2018 €
INV408070 Neubau BK WuV	18.140.400	300.000	200.000	140.400	0	17.500.000	17.500.000	
INV408072 Einrichtung/ Ausstattung BK WuV	2.000.000					2.000.000		2.000.000
Summe	20.140.400	300.000	200.000	140.400	0	19.500.000	17.500.000	2.000.000

5. Die der Maßnahme 7 – Aufwandsminderung nach Neubau Berufskolleg Wirtschaft und Verwaltung – des Haushaltssanierungsplans 2012 zu Grunde liegenden Daten sind nach Festsetzung der Rahmenplanung des Neubaus einschl. der voraussichtlichen Herstellungs- und Betriebskosten an die tatsächlich erzielbaren Aufwandsminderungen anzupassen. Eine hieraus resultierende Verschlechterung des Sanierungsplans mindestens im Jahr 2019 bedingt eine unterjährige Kompensation durch andere Maßnahmen.
6. Die Verwaltung wird mit der Durchführung der Gesamtmaßnahme und der Beteiligung der politischen Gremien beauftragt.
7. Das Grundstück Stuttgarter Str. 13 ist nach erfolgtem Umzug der Schule nicht weiter als Schulstandort erforderlich. Die zukünftige Verwendung bzw. eine Veräußerung der Fläche ist durch die Verwaltung zu prüfen.
8. Im Rahmen der Prüfung der Errichtung einer 3-fach Schulsporthalle im Innenstadtbereich ist der Ersatz der entfallenden Sportnutzungsflächen am Altstandort Stuttgarter Straße 13 zu berücksichtigen.

14. Haushaltsplan (Entwurf) 2017 und 2018 - Anteile der Bezirksvertretung 2 an den Haushaltsansätzen
Vorlage: 15/2794

Herr Grote stellt den Antrag, die Bezirksvertretung möge dem Rat der Stadt empfehlen, den Haushaltsansatz für die Investition „**INV128211 – Fahrbahnerneuerung Neuenhof**“ vorzuziehen und für das **Jahr 2017** zu veranschlagen.

Herr Schabla stellt den Antrag, die Bezirksvertretung möge dem Rat der Stadt empfehlen, die Haushaltsansätze für die Investitionen „**INV128213 – Ausbau Rheinstraße**“ und „**INV128205 – Fahrbahnerneuerung Bahnstraße**“ vorzuziehen und für das **Jahr 2019** zu veranschlagen.

Nach Aussprache stellt Herr Grote die Einzelanträge und im Anschluss den – entsprechend der Abstimmungsergebnisse zu den Anträgen – modifizierten Beschlussvorschlag der Verwaltung getrennt zur Abstimmung.

Die der Drucksache 15/2794 beigefügten Übersichten über die von der Verwaltung zur Aufnahme in den Haushaltsplan 2017/2018 vorgeschlagenen, auf die BV 2 entfallenden kon-

sumtiven und investiven Haushaltsansätze werden als **Anlage 3** zur Niederschrift genommen.

Beschluss: (10 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Haushaltsansatz für die Investition „**INV128211 – Fahrbahnerneuerung Neuenhof**“ wird vorgezogen und für das **Jahr 2017** veranschlagt.

Beschluss: (10 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Haushaltsansätze für die Investitionen „**INV128213 – Ausbau Rheinstraße**“ und „**INV128205 – Fahrbahnerneuerung Bahnstraße**“ werden vorgezogen und für das **Jahr 2019** veranschlagt.

Beschluss: (9 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen)

Die Bezirksvertretung 2 empfiehlt dem Rat der Stadt die auf die BV 2 entfallenden konsumtiven Haushaltsansätze lt. Anlage 1 und investiven Haushaltsansätze lt. Anlage 2 in den Haushaltsplan 2017/2018 aufzunehmen.

Hiervon ausgenommen sind die Haushaltsansätze für die Investitionen „**INV128211 – Fahrbahnerneuerung Neuenhof**“, „**INV128213 – Ausbau Rheinstraße**“ und „**INV128205 – Fahrbahnerneuerung Bahnstraße**“.

15. Brücken Intzeplatz und Zur Bökerhöhe

**15.1. Brücken Intzeplatz und Zur Bökerhöhe
Vorlage: 15/2654**

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

**15.2. Stellungnahme zu der Anregung des Herrn Göbert vom 21.7.2016 an die BV2
Vorlage: 15/2812**

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

**16. Planung der östlichen Verlängerung der Ladestraße
Anfrage in der Sitzung der Bezirksvertretung 2 – Süd am 29.06.2016
Vorlage: 15/2801**

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

gez. _____
Stefan Grote
Bezirksbürgermeister

gez. _____
Hans-Ulrich Dattner
Geschäftsführer